

Doppelte Staatsbürgerschaft

Migrationskinder sollen nicht wählen müssen

© ZEIT ONLINE, dpa, sp 24.6.2009 - 19:51 Uhr

Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaftler fordern, dass Migrantenkinder die doppelte Staatsbürgerschaft behalten dürfen

Der Interkulturelle Rat, ein Bündnis aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Nichtregierungsorganisationen, will erreichen, dass die betroffenen Kinder die doppelte Staatsbürgerschaft behalten können, und hat den Aufruf "[Wider den Optionszwang](#)" gestartet. Unterstützt wird er von Migrationsforschern wie Klaus J. Bade, Dieter Oberndörfer und Michael Bommes. Auch der Präsident des Diakonischen Werks der EKD, Klaus-Dieter Kottnik, und die frühere Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth (CDU), gehören zu den Erstunterzeichnern.

In Deutschland geborene Ausländerkinder sind in der Regel automatisch Deutsche und haben zugleich die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr müssen sie sich dann für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Für Kinder, die vor dem 1. Januar 2000 geboren sind, gilt eine Übergangsregelung. Haben die Eltern unterschiedliche Staatsangehörigkeiten, behalten ihre Kinder den Doppelpass auf Dauer.

Unterstützer wie der Hannoveraner Politikwissenschaftler Axel Schulte sehen in dem Optionsmodell ein Integrationshindernis. Auch Annelie Buntenbach aus dem DGB-Vorstand meint: "Für alle, die hier geboren sind, muss klar sein, dass sie dazugehören - und zwar ohne Wenn und Aber." Auch die SPD findet, in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten die deutsche Staatsbürgerschaft behalten. "Sie sind Kinder unseres Landes", erklärte SPD-Generalsekretär Hubertus Heil.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), dagegen setzt sich für die Beibehaltung des Wahlmodells ein. Nach Einschätzung Böhmers ist es für eine fundierte Bewertung noch viel zu früh. "Erst im vergangenen Jahr sind die ersten "Optionskinder" volljährig geworden." Außerdem biete das Optionsmodell jungen Menschen "die Chance, sich konkret der Frage zu stellen und sich bewusst für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden".

Der Interkulturelle Rat wurde 1994 gegründet. Ihm gehören Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatlichen Stellen sowie Vertreter aus Medien und Wissenschaft unterschiedlicher Herkunft und Nationalität an.